

Überzeugt in Vielfalt.
Die Kirche
und die Herausforderung des Rechtspopulismus

Vortrag am 28. September 2018 in Villigst

Annette Kurschus, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste der Tagung hier in Haus Villigst, haben Sie vielen Dank für die Gelegenheit, mit Ihnen gemeinsam nachzudenken über die Kirche und die Herausforderung des Rechtspopulismus. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist wohl eine der zentralen Aufgaben, die uns die Gegenwart stellt. Ich freue mich, dass Sie da sind. Und ich erhoffe mir von unserem Diskurs neue Einsichten und Aussichten für uns alle.

1. Vielfalt *und* Überzeugung

Unter der Überschrift „Überzeugt in Vielfalt“ will ich sowohl die Herausforderung des Rechtspopulismus *für* die Kirche als auch die Herausforderung des Rechtspopulismus *durch* die Kirche bedenken.

Mein Vortrag geht – nach einleitenden Bemerkungen – in zwei Hauptschritten vor.

Zunächst werde ich die Herausforderungen bedenken, in und zwischen denen sich die Kirche bewegt, wenn sie ihre Stimme erhebt gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und gegen nationalistische und rechtsnationale Vergiftung des politischen und gesellschaftlichen Klimas. Dies muss sie tun, wenn sie ihrem Auftrag und ihrem Wesen treu bleiben will.

In einem weiteren Schritt möchte ich sodann auf die theologische und geistliche Herausforderung zu sprechen kommen, die sich unter anderem

daraus ergibt, dass namhafte rechtspopulistische Strömungen, Personen und Parteien immer wieder ausdrücklich das Christentum für sich in Anspruch nehmen. Oder sagen wir genauer: eine spezifische Form des Christentums. Noch genauer: eine allzu bekannte Sicht des Christentums bzw. des christlichen Glaubens. Damit fordern sie die Kirchen tatsächlich in deren Kern heraus und gehen sie bei deren Ureigenem an.

Auf je eigene Weise wird es in beiden Teilen auch um die Spannung, um die Balance und die Dialektik von Vielfalt und Positionierung, von Pluralität und Überzeugungen gehen.

„Überzeugt in Vielfalt“:

Als wir uns im Frühjahr, kurz nach der Regierungsbildung, auf diesen Titel verständigten, ließ sich manches noch nicht absehen. Zum Beispiel, wie schwer sich die Parteien und das politisch-mediale System der Berliner Republik angesichts zweier anstehender Landtagswahlen und unter dem Druck der Wahlprognosen mit der Präsenz der AfD als einem stetig zunehmenden politischen Faktor tun würden.

Vielleicht zu befürchten, aber nicht vorherzusagen war zu diesem Zeitpunkt, was sich mit den Ereignissen in Chemnitz und Köthen enthüllen sollte. Nämlich wie breit, wie selbstbewusst und wie offen gewaltsam sich der Hass auf das Fremde und die Verachtung der Vielfalt nicht nur in Köpfen und in Parlamenten, sondern auch mitten auf den Straßen Bahn brechen würden.

Und schließlich gab es auch noch nicht den Doppelbeschluss, den das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags am vergangenen Wochenende in Fulda gefasst hat. Dieser Doppelbeschluss betont ausdrücklich, dass alle, die sich in den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Themen und Debatten nicht wiederfinden und darum mit der AfD sympathisieren oder diese wählen, zum Kirchentag 2019 nach Dortmund eingeladen sind. Und: Dass wegen der offenen und deutlichen

Nähe dieser Partei zu rechtsextremen Positionen und Kreisen die Mitwirkung von Politikerinnen und Politikern der AfD auf Podien und in Vorträgen ausgeschlossen wird.

„Mir wäre wohler, wenn auf dem Kirchentag mehr konservative Stimmen zu hören wären“ – so erläutert Hans Leyendecker, der Präsident des Dortmunder Kirchentages in einem aktuellen Interview. *„Aber ich möchte niemanden auf dem Podium haben, der der Auffassung ist, dass die Demokratie weg muss.“*¹

Überzeugungen *und* Vielfalt: Das geht. Und das geht zusammen. Wenn nicht alles täuscht, dann fordert uns der Rechtspopulismus dieser Tage heraus, in diesem Dual neu und deutlicher die Überzeugung und den Standpunkt zu markieren, auf denen unsere Lust an der Vielfalt gründet und ohne die unsere Vielfalt zur Beliebigkeit verkommen würde. In diesem Sinne hat der Theologe Jürgen Moltmann vor einiger Zeit ein engagiertes Plädoyer für den Disput gehalten. Darin fordert er „eine theologische Streitkultur mit Entschlossenheit und Respekt“. Moltmann sagt: „Wir müssen wieder lernen, Ja oder Nein zu sagen. Ein Streit kann mehr Wahrheit enthalten als ein toleranter Dialog. (...) Warum? Um der Wahrheit Gottes willen. Theologische Wahrheit ist einen heißen Konflikt wert.“²

„Überzeugt in Vielfalt.“

Noch ein letzter Hinweis in dieser Sache: Der Titel meines Vortrags lehnt sich sprachlich an das Projekt „Engagiert in Vielfalt“ an. So heißt ein Projekt hier in Haus Villigst, initiiert und verantwortet von unserem Institut für Kirche und Gesellschaft in Gemeinschaft mit anderen Trägern und gefördert vom Integrationsministerium des Landes NRW. Dieses Projekt hat sich die „Wahrnehmung und Stärkung ehrenamtlicher Arbeit mit Geflüchteten in Stadt und Land“ auf die Fahnen geschrieben. Ich

¹ Leyendecker im Interview mit Christ und Welt, 27.09.2018, 3.4.

² Moltmann, EvTh 77 (2017), 248.

erwähne dieses Projekt pars pro toto für vieles, was Kirche an vielen Stellen immer schon tut. Auch und gerade durch solche Projekte kann die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus besonders wirksam geführt werden. In der Regel geschieht das abseits der großen gesellschaftlichen Debatten, unterhalb des Radars des Talkshow-Theaters und kaum bemerkt von Leitartikeln und Hauptvorträgen. Mit großer Leidenschaft, mit Sorgfalt und Klugheit, mit Expertise und Engagement und nicht zuletzt mit echtem Erfolg widmen sich Menschen den konkreten Fragen des Zusammenlebens und der sozialen Gerechtigkeit. Und stellen sich damit handfest und sichtbar und wirksam an die Seite von Kindern und Alten, von Migrant*innen und Einheimischen. Sie wollen mit ihrem pragmatischen Handeln etwas bewegen – und bewegen auch etwas. Und müssen sich nicht selten dafür verunglimpfen lassen.

Die Fragen und Probleme, die der Rechtspopulismus zwar *vorgibt* zu adressieren, zu deren Heilung er aber gerade keinen Deut beitragen will, sondern die er übersteigert und verzerrt, weil er sich an ihnen nährt, werden hier tatsächlich angegangen und bearbeitet. Und das verdient Aufmerksamkeit und Respekt. Doch sind wir mit solchen Überlegungen schon bei meinem zweiten Punkt angelangt, nämlich bei der diskursiven Herausforderung durch den Rechtspopulismus.

2. Die diskursive und kommunikative Herausforderung

2.1 An den Anfang stelle ich die Äußerung eines Bundestagsabgeordneten einer der christlichen Volksparteien im Blick auf die AfD:

„Wir haben“, so sagte der Abgeordnete am Ende eines intensiven Gesprächs voll kluger und differenzierter Analysen, „wir haben kein Rezept. Seit die AfD 2014 in die Parlamente einzog, haben wir es erst mit Ignorieren versucht und dann mit Konfrontieren. Wir haben zuerst geschwiegen und dann jede kleinste Äußerung und Provokation geächtet. Schließlich haben wir gedacht, wir müssen dieser Partei die Themen

wegnehmen und uns besonders intensiv darum kümmern – es hat denen alles nur genützt.“

Dieses Fazit steht sinngemäß nicht nur am Ende vieler nachdenklicher Gespräche, es scheint mir auch ein kommunikatives Stimmungsbild im Blick auf die nahezu weltweit erstarkende inner- und außerparlamentarische Rechte zu zeichnen.

Nun bin ich weder Politik- noch Kommunikationswissenschaftlerin, aber es scheint, als fänden sich Politik, Medien und Gesellschaft in einer absurden Hase-und-Igel-Situation gefangen. Die stacheligen Gesellen rufen dem abgehetzten Hasen, egal wie schnell und wohin er rennt, immer und überall bereits ihr hämisches „Ich bin schon da!“ zu.

Die Mechanismen sind oft beschrieben worden und lassen sich – vom Gebrauch der Schusswaffe gegen die Migranten über die Entsorgung einer türkisch-stämmigen Politikerin und das Lob der strategischen Leistungen der Deutschen Wehrmacht bis hin zur Rede von einem Denkmal der Schande – beinahe täglich studieren.

Da ist zum einen – das wird man doch wohl noch sagen dürfen! – das perfide Wechselspiel von gezielter Provokation und nachträglicher partieller Relativierung. Entweder erreicht man damit eine schleichende, hier und da auch galoppierende Verschiebung der Grenzen des Sagbaren – etwa im Blick auf den Holocaust, auf die Menschenwürde von Migranten, Jüdinnen und Juden, Homosexuellen und Frauen. Oder aber man gewinnt im Falle der Ächtung die Bestätigung des eigenen Opferstatus – weil man ja wieder einmal vom Kartell der Gutmenschen und der politisch Korrekten an der freien Meinungsäußerung gehindert werde. Im Idealfall erreicht man sogar beides. In jedem Falle wird das eigene Klientel mobilisiert, und man erhält jede Menge allgemeine Aufmerksamkeit.

Thomas Wagner hat in seinem Buch „Die Angstmacher: 1968 und die neuen Rechten“ darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine ursprünglich linke Strategie handelt, die nun gewissermaßen gegen ihre durch die Institutionen marschierten Erfinder gewendet wird.

Zum anderen ist da die Unfähigkeit oder Unlust, sich auf tatsächliche Sach- und Fachauseinandersetzung überhaupt einzulassen. Sie führt zu einer Simplifizierung von Tatsachen und Sachverhalten, die bis hin zu Lüge und Verleumdung reicht.

Solche Unfähigkeit oder Unlust wird überdeutlich, wenn es in einem internen Strategiepapier der AfD heißt, es sei weder nötig noch zielführend, zu den einzelnen Fragen, „differenzierte und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle“ vorzulegen. Vielmehr komme es darauf an, „den Finger in die Wunden der Altparteien zu legen.“³

Allein der Terminus „Altparteien“ markiert einen weiteren kommunikativen und zugleich ideologisch zentralen Grundzug rechter Argumentation.

Man kann ihn als den Versuch der generellen Delegitimierung des politischen Systems und Verunglimpfung seiner Repräsentanten bezeichnen. „Heimlicher [politischer] Souverän“, so liest man nicht etwa in einem Hintergrundpapier, sondern im Parteiprogramm der AfD, sei eine „kleine, machtvolle Führungsgruppe innerhalb der Parteien“. Sachlich suggeriert diese Wendung, Artikel 20 des GG – wonach alle Macht vom Volk ausgeht – sei gegenwärtig außer Kraft. „Nur das Staatsvolk kann diesen illegitimen Zustand beenden“, heißt es dann weiter.

Am Wahlabend der Bundestagswahl klang das dann so: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“

In diesem Zungenschlag der Verächtlichmachung repräsentativer Demokratie markiert der Singular „*das Volk*“, das sich ja gerade im konstitutiven Plural von Überzeugungen und politischer Positionen, von Institutionen und Personen repräsentiert wissen soll, eine qualitative Grenze.

Populismus, hier folge ich dem Ansatz von Jan-Werner Müller, ist darin gefährlich, dass er einem „moralisch reinen, homogenen Volk stets eine

³ Strategiepapier, zitiert bei Dröge, 145f.

unmoralische, korrupte und parasitäre Elite gegenüberstehen lässt, die als solche eigentlich gar nicht zum Volk gehört.“⁴

Der rechte Populismus, der mit einer Rhetorik des gestohlenen Landes und gar des gestohlenen Volkes operiert, inszeniert mit dem infamen Ruf „Wir sind das Volk!“ – in dem ja stets auch ein lautes „Und ihr nicht!“ mitdröhnt – nicht nur eine *vertikale* Differenz, sondern auch eine *horizontale*: Gegen die Anderen, gegen die Geflüchteten, gegen Ausländer, gegen Juden.

Genau hierin unterscheidet er sich qualitativ von manch gängiger populistischen Simplifizierung und Delegitimierung, wie sie im politischen Geschäft durchaus auch andere Parteien nutzen.

Und eben darum erfordert er - obwohl und gerade weil sich die Kirche sonst im demokratischen Diskurs direkter parteipolitischer Interventionen enthält – eine klare und eindeutige Reaktion.

Wo die rechten Ideologen „Volk“, „Demokratie“ und übrigens auch „Christentum“ sagen, ist kategorial anderes gemeint, als sich – bei aller Pluralität der Meinungen und bei aller inneren Vielfalt – vom Evangelium her darunter verstehen lässt.

2.2 Wie aber ist nun dieser kommunikativen Herausforderung zu begegnen? Wie ist die Auseinandersetzung zu führen? Und welches ist dabei die Rolle und Funktion der Kirche?

Auch ich habe kein Rezept. Aber ich benenne einige Notwendigkeiten, einige Befürchtungen und einige Erwartungen.

Zunächst halte ich es für notwendig – und dies haben wir wohl auch in der Kirche erst noch zu lernen –, tatsächlich den *Konflikt* zu führen. Dafür müssen Sprachformen und Diskursräume geöffnet und offen gehalten werden. Denn – so sagt es die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD – Konflikt und Konsens in der Demokratie brauchen Auseinandersetzung.

⁴ J-W. Müller, Populismus. Ein Essay, Berlin 2016, 39.

Mit Paulus formuliert: „*Es müssen ja Spaltungen unter euch sein, damit die Bewährten offenbar werden.*“ (1. Korinther 11,19)

Wer oder was bewährt ist, scheint also auch für den streitlustigen und prinzipienfesten Apostel keineswegs immer schon festzustehen und offenbar zu sein. Es soll und muss sich im Konflikt zeigen.

An solchem Ringen und Fragen haben Viele teil. Möglichst Viele sollten sich gehört und geachtet und repräsentiert wissen. Dabei mag ein Konsens gefunden werden oder auch ein bleibender Dissens zu ertragen sein; dabei können Positionen und Ergebnisse mitgetragen werden, auch wenn sie nicht die eigenen sind.

Die Frage darf nicht sein, *ob* wir einen solchen Diskurs führen und *ob* solche Konflikte austragen, sondern *wie* wir es tun. Mir graust jedenfalls vor einer Situation, wie sie uns kürzlich bei einer Partnerschaftsreise unserer Kirchenleitung in die USA mehrfach begegnet ist. Da trafen wir – auch und gerade in den Kirchengemeinden – immer wieder auf tiefe Sprachlosigkeit und abgründiges Verstummen angesichts der gegenwärtigen politischen Fragen und Konflikte. Außerhalb der eigenen Echokammern kann das aktuelle politische Geschehen dort schlicht nicht mehr besprochen werden.

Regelrecht neidisch bin ich dagegen auf eine Aktion wie „Deutschland spricht“, die es jüngst bei „Zeit online“ gab. Menschen sehr unterschiedlicher Auffassung wurden bei dieser Aktion ins Gespräch miteinander geführt – oder soll ich sagen: Zum Gespräch miteinander verführt?

In einer Spirale permanenter politischer Mobilisierung, öffentlicher Rüpeleien und gezielten Beleidigtseins gilt es zu erproben und zu beweisen und immer neu einzuüben, dass Klarheit und Gesprächsfähigkeit keine Widersprüche sind oder jedenfalls nicht bleiben müssen.

Im Umgang mit populistischen Positionen dürfen wir die Auseinandersetzung nicht scheuen. Wir müssen der Sprache der

Ausgrenzungen eine Praxis des Involvierens und Sich-Einlassens entgegensetzen. Gleichzeitig ist klarer Widerspruch notwendig, wo Populistinnen und Populisten die Grundregeln und normativen Grundsätze demokratischer Politik nicht nur angreifen, sondern grundsätzlich zur Disposition stellen und damit die Grenze zwischen Populismus und Extremismus überschreiten. Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es *nicht*, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entschieden entgegenzutreten.

Ebenso gilt: Der erste und vornehmste Ort dieser politischen Praxis der Kirchen ist das Miteinander sehr unterschiedlicher Menschen in den Gemeinden, Gemeinschaften und Werken. Die Kirchen mit ihrer tiefen und breiten sozialen Verankerung sollen und wollen Foren sein, auf denen sich Konflikte austragen lassen, wo Ängste gehört und bearbeitet, Gespräche geführt und Menschen einbezogen werden. Kirchen sind Orte demokratischer Beteiligung. Als Kirchen sind wir mitverantwortlich für die politische Kultur unseres Landes und für die Gestaltung unseres Gemeinwesens.⁵

Die Kirche ist nicht die Gemeinschaft derer, die sich immer schon einig sind. Das ist zwar die Unterstellung der Populisten, aber es darf nicht unser geheimes Selbstbild sein. Die Kirche ist auch nicht die Gemeinschaft derjenigen, die ohnehin Recht haben.

Die Kirche ist die Gemeinschaft derer, die sich auf Christus gründen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger! Das lässt vieles zu, und es schließt manches aus.

Damit nun komme ich nun abschließend zu dem, was ich oben die theologisch-geistliche Herausforderung nannte. Denn wie beim Begriff des Volks, so ist es auch beim Rekurs auf das Christentum den neuen Rechten um eine exkludierende Neudefinition des Christlichen zu tun.

⁵ EKD-Papier Konflikt und Konsens, Thesen 10 und 9

3. Die theologisch-geistliche Herausforderung

Auch hier soll am Anfang ein Zitat stehen. Nämlich das meines Berliner Amtsbruders und Kollegen im Rat der EKD Bischof Markus Dröge. Auf die Frage: „Was hat die Kirche dem Rechtspopulismus entgegenzusetzen?“ gab er die ebenso schlichte wie berücksichtigende, die ebenso anspruchsvolle wie befreiende Antwort: „Das Evangelium.“

Das gilt es durchzubuchstabieren. Das gilt es nach innen wie nach außen zu betonen – gerade deshalb, weil auch die neuen Rechten das Christentum, das christliche Abendland und die so genannte „jüdisch-christliche Tradition“ für sich entdeckt haben. Und sie - ganz ähnlich wie den Begriff des Volkes – für sich zu okkupieren trachten.

3.1 Zwar hat etwa Alexander Gauland schon 2016 auf Nachfrage formuliert, die AfD sei keine christliche Partei. Auch zählte die Plattform der Christen in der AfD laut Recherchen des SWR Anfang dieses Jahres bei ca. 28.000 Mitgliedern anscheinend nur rund 130 Köpfe.

Weder lässt sich die Situation Deutschlands und Europas der 1920er und 30er Jahre mit der Situation Deutschlands und Europas im 21. Jahrhundert parallelisieren, noch – darauf hat Volker Heins hingewiesen – mag der gegenwärtige defensiv-regressive, weltflüchtige Impuls der neuen Rechten mit dem aggressiv-expansiven, welterobernden des klassischen Nationalsozialismus zu vergleichen sein. Aber dennoch gibt es gerade im Blick auf Religion und Christentum Kontinuitätslinien und Anknüpfungspunkte zu benennen.

Der Münsteraner Theologe Hans-Richard Reuter formuliert in einer Studie über Religion und Nation im Denken der neuen Rechten: „Von Anfang an bediente sich der Nationalismus symbolischer Ressourcen der jüdisch-christlichen Religion wie dem auserwählten Volk, dem gelobten Land und einer messianischen Zukunft.“ In diesem Zusammenhang spricht er für den Nationalismus des 18. und 19. Jahrhunderts geradezu von einem

„Sakraltransfer“ aus dem Bereich der Religion auf den Begriff und den Bereich des Volkes und der Nation.

Der Rückgriff auf das alte – und in der gegenwärtigen Theologie zu Recht aufgegeben – Theorem der Schöpfungsordnung als einer der Welt von Gott eingestifteten essenziellen Verschiedenheit der Völker will dabei Ordnungen der Ungleichheit etablieren. Auch wenn die Grenzen nicht mehr genetisch-rassisch, sondern kulturell gezogen werden. Der Kirche wird die Aufgabe zugewiesen, „die Nation in ihrer Erniedrigung wieder aufzurichten und nach außen ihre Geltung zu behaupten.“

3.2 Gegenüber diesen und ähnlichen Versuchen, die - Gott sei's geklagt – teils bis in den Wortlaut hinein an manche Verirrung der Theologie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts anknüpfen, gilt es, sich zwei wichtige Erkenntnisse des Kirchenkampfes und der Theologie nach Auschwitz vor Augen zu führen und einer solchen Instrumentalisierung des Glaubens klar zu widersprechen.

Die erste Erkenntnis: In biblisch-theologisch qualifiziertem Sinne darf von „Volk“ einzig als vom jüdischen Gottesvolk die Rede sein. Dessen Erwählung ist, wie es in Genesis 12 heißt, von Anfang an auf den Segen für alle Völker ausgerichtet.

Jede religiöse Überhöhung des je eigenen Volkes führt deshalb auf ihrer Kehrseite unwillkürlich die Leugnung der besonderen und bleibenden Erwählung Israels mit sich.

Zweite Erkenntnis: Wenn im christologisch-neutestamentlichen Sinne vom „Volk Gottes“ die Rede ist, so meint dies immer und stets die quer zu allen ethnischen und kulturellen Bindungen und Prägungen stehende Gemeinschaft der Glaubenden. Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft wird nur und ausschließlich durch den Glauben und die Taufe definiert.

Dies war übrigens auch vor rund 80 Jahren der Grundimpuls von Theologen wie Dietrich Bonhoeffer und Karl Barth gewesen, die – auf je

eigene Weise – in der von den Nazis angestoßenen ethnischen Differenzierung innerhalb der Kirche nicht weniger als die Substanz der christlichen Kirche angetastet sahen.

Bei aller Liebe und in aller Klarheit haben wir das auch und gerade gegenüber Christen zu betonen, die sich aufgrund gewisser scheinbar konservativer Positionen in den Fragen von Ehe, Familie und Sexualität von den neuen Rechten angezogen fühlen und ansprechen lassen. Es braucht nicht viel um zu erkennen, dass das, was unter dem Etikett des Christlichen von neurechten Theoretikern und Politikern verzapft wird, „unter kompletter Preisgabe der Botschaft Jesu“ (Hans-Richard Reuter) stattfindet und allein an der Reformulierung und Überhöhung irdischer Autorität interessiert ist.

Die Botschaft Jesu – von der wir als Kirche leben und der wir darum auch in den Herausforderungen der Gegenwart verpflichtet sind – ist demgegenüber die zuvorkommende Liebe Gottes. Auch und gerade den Fremden, den Schwachen, den Sündern und sogar den Feinden gegenüber.

3.3 Abschließend kehre ich noch einmal zu der Frage zurück: „Was hat die Kirche dem Rechtspopulismus entgegensetzen?“ Und nochmals antworte ich mit dem Berliner Bischof Markus Dröge:

„Einer Bewegung, die Angst verstärkt und zur Wut aufstachelt, haben wir das frohe und hoffnungsvolle Evangelium Jesu Christi entgegensetzen! Das Evangelium weckt Glauben, schenkt Hoffnung und motiviert zur Nächstenliebe. *Glaube* heißt Vertrauen in Gott, Vertrauen in meine Mitmenschen, Vertrauen in mich selbst und meine Fähigkeiten, Verantwortung zu übernehmen, um meinen Teil für die gute Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auch in herausfordernden Zeiten beizutragen. *Hoffnung* heißt gegen die Schwarzmalerei vorzugehen und mitzuhelfen, Lösungen und Perspektiven für die Probleme zu entwickeln.

Nächstenliebe heißt, uns für die Schwächsten einzusetzen, ob sie schon lange bei uns sind oder ob sie aus einer fremden Heimat geflohen und zu uns gekommen sind.“

Die Antwort der Kirchen auf die Herausforderung des Rechtspopulismus wird also in der Orientierung am Evangelium bestehen. Worin denn sonst?!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.